

An:

Die BundesministerIn für Verkehr, Innovation und Technologie: Doris Bures
Den Bezirksvorsteher der Leopoldstadt: Gerhard Kubik



Mit meiner Unterschrift bin ich:

- Gegen die Schließung des Postamtes 1024 in der Engerthstraße 191, sowie dessen Ersatz durch einen fragwürdigen privaten "Post-Partner".
- Für die Erweiterung des Standortes, um Wartezeiten zu verringern und das Personal zu entlasten.
- **Für eine BürgerInnenversammlung noch 2011, um die Schließung zu verhindern!**
- Für die Rückführung der Post in öffentliche Hand. Zum Wohle der Bevölkerung und der dort Beschäftigten. Postdienste dürfen - wie alle anderen kommunalen Dienste - nicht der Gewinnmaximierung für Aktionäre dienen!

Scan mit Handy->



Unterschriftenliste zum Download
sowie weitere Informationen auf:
www.poldi.leopoldstadt.net/p/article295.html

Name	Unterschrift	Adresse und/oder E-Mail	Ich möchte Neuigkeiten von PolDi!
			<input type="radio"/>
			<input type="radio"/>
			<input type="radio"/>
			<input type="radio"/>
			<input type="radio"/>

Unterschriftenliste bitte an AktivistInnen retournieren, oder (portofrei) senden an: Bezirksrat Josef Iraschko, Nestroyplatz 1/20A, 1020 Wien

BürgerInnenversammlung gegen die Schließung des Postamtes 1024 Engerthstraße!

Nach der Vernichtung von Infrastruktur am Land, strebt die Post nun in Wien eine komplette Umstrukturierung an. Auch in der Leopoldstadt ist offensichtlich: Was - sogar von Bezirksvorsteher Kubik - freudig als "Erweiterung des Angebots" getarnt wird, stellt eine Privatisierung und Einschränkung der öffentlichen Dienstleistung dar. Postämter werden mit BAWAG-Filialen zusammengelegt, ohne Berücksichtigung einer flächendeckenden Versorgung. Wo es - wie in der Umgebung der Engerthstraße 191 - keine BAWAG gibt, soll die Post durch einen fragwürdigen privaten Post-Partner ersetzt werden.

Initiative: Trari...Trara...
Die Post bleibt DA!

Scan mit Handy:



Hintergründe

1996 haben SPÖ und ÖVP - mit wenig Protest der Opposition - die Liberalisierung des Postmarktes beschlossen. Vor einigen Jahren wurde dann der EU-Regelung zur Deregulierung der Postdienste ab 2011 zugestimmt. Private Firmen dürfen nun alle Dienstleistungen der Post anbieten. Sie müssen dies aber nicht an jedem Standort tun. Warnungen der KPÖ und des GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock) gegen diese gefährliche Entwicklung wurden ignoriert. Die Teilprivatisierung der Post brachte eine Zusperrwelle bei den Filialen und ständig wachsenden Druck auf das Personal. Dafür stiegen die Gewinne - und somit die Dividenden der Aktionäre - alleine 2010 um 50% auf 118,4 Mio. Euro. Um die Ausbeute noch zu erhöhen, will der Post-Vorstand bis 2015 weitere 9000 Arbeitsplätze vernichten. Sowie einen Großteil der Zustellung und der Postämter an Private auslagern. Dort arbeiten die Beschäftigten meist unterbezahlt, nicht nach ausverhandelten Kollektivvertragslöhnen.

Was sind Post-Partner?

Post-Partner bedeuten Postamtsschließungen über Umwege. Sie beschäftigen angeleitetes, schlecht bezahltes Personal und bieten deutlich eingeschränkte Dienstleistungen. Post-Partner sichern die Versorgung in keinem Fall. Wenn sie nicht mehr wollen, können sie ohne Ersatz zusperren. Im Gegenzug wird es für das geschulte Schalterpersonal der aufgelassenen Postfiliale immer schwerer, in der verkleinerten Restpost unterzukommen. Meist wird den älteren Beschäftigten - mittels Druck durch massiv verschlechterte Arbeitsbedingungen - nahegelegt, zu kündigen.

Das Postamt Engerthstraße 191

Schlangen vor dem Schalter und eine Wartezeit bis zu 45 Minuten sind hier keine Seltenheit. Die allgemeine Stimmung ist verständlicherweise oft ungeduldig bis aggressiv. Eine Belastung, sowohl für KundInnen, als auch das Personal. Statt diese Filiale zu erweitern, will die Post ihr Sorgenkind einfach loswerden. Der hier geplante Postpartner ist nicht zu beneiden! In der nahen Umgebung wohnen tausende Menschen. Die Nachfrage verringert sich nicht, der Postpartner wird überfordert sein und aufgeben. Dann existiert an diesem Standort keine Versorgung mehr!

Wofür treten wir ein ?

Die Post gehört - wie alle anderen kommunalen Dienstleistungen - wieder in öffentliche Hand. Zum Wohle der Bevölkerung und der dort Beschäftigten. Kommunale Dienstleistungen sind nicht für die Gewinnmaximierung der Aktionäre gedacht! Das Postamt in der Engerthstrasse muss erweitert werden, es darf nicht geschlossen und privater Hand überlassen werden. **Deshalb fordern wir durch Bezirksrat Josef Iraschko von der Bezirksvertretung eine BürgerInnenversammlung zu diesem Thema!**

Wir meinen: Was ALLE brauchen, muss ALLEN gehören!

Für eine solidarische Gesellschaft!



PolitikDirekt in die Leopoldstadt

www.poldi.leopoldstadt.net

KPO
wien.kpoe.at